

Der Bauern-AStA

Schon wieder repräsentiert die Landwirte ein Mann, der glaubt, er habe auch ein politisches Mandat

Von Detlef Esslinger

Es gibt Institutionen in Deutschland, die bleiben immer so, wie sie waren. Der Bauernverband gehört dazu, ebenso der ADAC. Und es gibt Institutionen, die ändern sich mit der Zeit, zum Beispiel die Allgemeinen Studentenausschüsse. Aber der Reihe nach.

Der Bauernverband hat seit Mittwoch einen neuen Präsidenten, Joachim Rukwied. Eine seiner ersten Äußerungen ist diese: Ernährung sei wichtiger als Klimaschutz. So kennt man die Bauernpräsidenten seit Jahrzehnten. Selten überraschen sie mit Gedanken. Immer wieder dreschen sie Parolen. Und grundsätzlich tun sie dabei so, als hätten sie den ganzen Berufsstand hinter sich. Der Bauernverband gibt an, „300 000 Landwirte und ihre Familien“ zu repräsentieren. Es ist eine Organisation, die schon allein mit dieser Zahl bei der Politik Eindruck schinden will.

Was für eine Anmaßung. Warum denn sind die allermeisten Bauern Mitglieder

im Bauernverband? Aus einem ziemlich simplen Grund: Weil nur diese Organisation jenen Service bietet, auf den jeder Landwirt angewiesen ist. Buchführung, Steuerberatung, Organisation von Betriebshilfen, wenn der Bauer krank ist oder in Kur geht – all das liefert der Bauernverband; darin ist er großartig.

Seinen Funktionären aber genügt das nicht. Sie tun so, als gäben ihre Mitglieder ihnen zugleich ein politisches Mandat. Wie abwegig dies ist, sieht man bereits immer dann, wenn sich die Bauernpräsidenten in den gegensätzlichen Interessen von süd- und norddeutschen Milchbauern, von ökologisch und konventionell wirtschaftenden Betrieben verheddern. Sie könnten von manchen Gewerkschaften lernen. Die Eisenbahngewerkschaft Transnet zum Beispiel hat es in der Auseinandersetzung um Stuttgart 21 peinlichst vermieden, Position zu beziehen – weil die Mitglieder bei dem Thema völlig unterschiedlicher Meinung waren, je nachdem, ob sie in Stuttgart, Ulm oder Freiburg zu Hause sind.

Mit dem Bauernverband ist es ein wenig wie mit dem ADAC. In den treten Autofahrer in Wahrheit doch aus zwei Gründen ein: Schutzbrief und Pannendienst. Aber der Verein maßt sich traditionell an, ein Mitspracherecht bei der Verkehrspolitik zu haben – unter Berufung nicht auf 300 000, sondern auf 18 Millionen Mitglieder. Erst Anfang Juni hat der Clubchef wieder gefordert, mehr Geld aus den Steuerzahlungen „der Autofahrer“ für Straßen auszugeben.

Organisationen wie Bauernverband und ADAC gerieren sich so wie früher jeder AStA, der auf sich hielt: Um Mensapreise kümmerte man sich zwar schon auch. Wahres Glück aber fanden die Studentenfunktionäre, wenn sie – im Namen aller Immatrikulierten – gegen den Imperialismus und für Nicaragua kämpften. 18 Millionen Autofahrer wollen immer noch mehr Straßen? 300 000 Bauern wollen Ernährung ausspielen gegen Klimaschutz? Woher nehmen manche Funktionäre eigentlich die Gewissheit, dass ihre Mitglieder ebenso borniert sind wie sie?